

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Laibacher Zeitung.

Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Amtlicher Theil.

Das Justizministerium hat eine bei dem Kreisgerichte in Laibach erledigte Kreisgerichtsrathsstelle dem verfügbaren Komitatgerichtsrathe Eusebius Segeth verliehen.

Das königlich kroatisch-slavonische Hofdiakaterium hat den Weltpriester der Agrarier Erzdiakone, Joseph Zorich, zum Religionslehrer und Erhortator an dem k. Gymnasium zu Warasdin ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Rede des Herrn Ministers v. Lasser über Auflösung des Lehenbundes.

Wir tragen in Nachfolgendem diese in der Sitzung des Herrenhauses v. 28. Sept. gehaltene Rede nach, welche die wichtigsten für die Auflösung des Lehenbundes sprechenden Gründe zusammenfaßt. Sie lautet: Redner gibt nun einen Ueberblick der Motive, welche die Regierung bei der Vorlage dieses Entwurfes geleitet hat, und schickt die Geschichte des Zustandekommens dieser Regierungsvorlage voraus. Schon im Jahre 1849 hat das Ministerium des Innern die Lebensfrage in die Hände genommen, weil aber im Finanzministerium bereits umfassende Vorarbeiten gemacht worden waren, so übergab die Initiative dieser Frage an das Finanzministerium, und nach arbeitsamen Verhandlungen kam dort ein Entwurf zu Stande, der Sr. Majestät vorgelegt und dahin resultirt wurde, daß die fragliche Auflösung in eingreifende Erörterung gezogen und Sr. Majestät die bezüglichen Anträge unterbreitet werden sollten.

Dieses hat nach mehreren Phasen endlich in einem Entwurfe den Abschluß gefunden, der bereits im Jahre 1859 zu Stande kam, und der eigentlich derjenige Entwurf war, der als Regierungsvorlage eingebracht wurde. Er lege auch besonderes Gewicht auf

den Umstand, daß in den letzten 12 Jahren die verschiedenen Ministerien trotz der so häufig wechselnden Anschauungen in dem einen Satze doch vollkommen konstant geblieben sind, daß die Ablösung des Lehenbundes im imperativen Wege zu geschehen habe, und nur jene Ausnahmen zuzulassen seien, für welche ganz besondere Gründe vorgebracht werden können. Dieser Imperativ ist der Kern der ganzen Frage, und zur fakultativen Ablösung bedarf man keiner Gesetze, da es jedem Privatlebensherrn gestattet ist, die Lehen allodifiziren zu lassen. Und was die l. f. Lehen betrifft, so steht dieses Recht auch ohnedies dem Landesfürsten zu und wird von ihm regelmäßig geübt, und man könnte hier von einem Gesetze in der Richtung nicht sprechen. Bei der ganzen Frage, ob eine imperativ Lebensablösung statfinden könne, kommt es auf zwei Hauptvorfragen an, auf eine allgemeine Vorfrage, ob die Gesetzgebung eines Staates überhaupt das Recht habe, Gesetze zu erlassen, welche die Privatrechte berühren oder alteriren; und angewendet auf den vorliegenden Gesetzentwurf: ob solche Momente vorliegen, daß gegenüber den bestehenden Lehen von diesem Rechte der Gesetzgebung Gebrauch gemacht werden dürfe. Was den Satz im Allgemeinen betrifft, so bedürfte er gar keines Beweises. Wenn man den Satz: die Gesetzgebung dürfe keine Vorschriften erlassen, wodurch Privatrechte berührt werden, negirt, dann negirt man das Wesen des Staates selbst. Man sprach bei der imperativen Lebensablösung von Rechtsverletzungen. Allein es habe ihn keiner der sämtlichen Redner dieses h. Hauses ganz davon überzeugt, daß irgend eine materielle Rechtsverletzung, entweder auf Seite des Lehenherrn oder des Vasallen erfolge.

Falls solche wirklich vorkämen, so wird das Haus bei der Beratung der Spezialdebatte schon Gelegenheit haben, dieselben durch Bestimmungen zu beseitigen. Die Regierung glaubt, daß für die Ablösung der Lehen öffentliche Rücksichten vorhanden sind, und daß die Modalitäten dieser Ablösung in dem Entwurfe so gestaltet sind, daß sie zunächst wohl als eine formelle Beschränkung von Privatrechten zu Gunsten eines allgemeinen gesellschaftlichen Ausspruchs, aber nicht

als eine materielle Rechtsverletzung betrachtet werden können. Solche öffentliche Rücksichten liegen nun wirklich vor. Die Leheninstitute haben sich selbst überlebt, sie sind mit den Einrichtungen des geselligen Lebens, mit den Grundsätzen der Rechtspflege in einem solchen Widerspruche, daß derjenige Kreis der Rechte, welcher dem Lehenherrn zusteht, faktisch nicht mehr ausgeübt werden kann, und daß umgekehrt die Verpflichtungen, die dem Vasallen auferlegt werden, nicht mehr gefordert werden können. Ebenso sprechen national-ökonomische Rücksichten für die Auflösung, die theils in der Unschicklichkeit des Bestandes, theils in der Beschränkung des Verfügungsrechtes mit dem Besitze liegen. Es ist national-ökonomisch und für die Konstitutionsfähigkeit im Allgemeinen nicht gleichgültig, betrübende Abgaben auf einem namhaften Theile der Bauerngüter zu lassen.

Wenn man sagt, man fühle den Druck der Lehenverhältnisse nicht, so liegt dieß in der laien Praxis, in der nicht strengen Handhabung der Rechte, die dem Lehenherrn zustehen. Unter denselben Vasallen, welche wegen unregelmäßiger Zahlung der betreffenden Lehen für verlustig erklärt worden sind, denen aber dann im Gnadenwege dieser Verlust nachgesehen wurde, sind folgende erlauchte Namen; Fürst v. Stahrenberg, Fürst Khevenhüller, Herzog von Beaufort und Graf Breuner, Graf Fünfkirchen, Gräfin Adorfsch, Graf Abensberg-Traun, Graf St. Julien, Graf Collalto, Freiherr v. Kamelstörken, Graf Lamberg, Baron Sina, Graf Hardegg mit nicht weniger als 13 fürstlichen Lehen u. dgl. Darunter finden sich auch das Stift Herzogenburg, das Stift Villenfeld und das Stift Geras, Korporationen, bei denen angeblich behauptet werden will, daß von Kadul-Erklärungen nie die Rede sein könne. Dieß sind Fälle, die vorgekommen in den letzten zehn Jahren, die allerdings, wenn der Lehenherr sein Recht streng gehandhabt hätte, alle diese Lehen Kadul gemacht hätten. Es ist aber damit erledigt worden, daß im Gnadenwege nachgesehen wurde, größtentheils aber gegen die doppelte oder dreifache Taxe und nur in einigen Fällen mit Entziehung der Vor-

Feuilleton.

Aus Corfu.

— 21. Sept.

Die Nachrichten, welche ich Ihnen heute mitzutheilen habe, sind frohlich und erquicklich. Ihre Maj. die Kaiserin findet immer mehr Gefallen an den Lustfahrten im Kanal von Corfu und wohl auch weiter hinaus in die See, und der Himmel begünstigt dieselben mit andauernd schönem Wetter. Ja, ich kann sogar von einer romantischen Idee und ihrer Ausführung berichten, welche wohl hinlänglich Bürgschaft gibt für die weitere und frohe Stimmung, deren sich Ihre Maj. mit der wiederkehrenden Gesundheit erfreut.

Vor ein Paar Tagen erschien die Kaiserin mit ihrem Hofstaat bei einer Lustfahrt im eleganten Rostum, theilweise geschmückt mit den Attributen des Matrosenbundes.

Wie hat man wohl ein so reizendes Bild gesehen, als die ausgezeichneten Schönheiten im Matrosenbunde mit zurückgeschlagenem blauen Kragen, unter welchem ein Halskragen aus Matrosenweise geschlungen war. In diesem Kostüm ging man an Bord der Yacht „Phantasia“ zu einer photographischen Abbildung, deren geistreiche und hellere Auffassung Nichts zu wünschen übrig läßt. Der Herr FML. Graf Paar und der Herr Baron v. Reichlin, Legation aus dem Gesolge

der Frau Erbprinzessin Thurn und Taxis, im Kleide der gemeinen Matrosen stehen am Steuer, die Speichen des Rades in der Hand. Die anderen Herren, sowie Ihre Maj. die Kaiserin und Allerhöchstden Schweser mit ihren Hofdamen, sind auf eine gescheite Weise darum gruppiert, mit verschiedenen Matrosenarbeiten beschäftigt und so trefflich vertheilt, daß dabei die weiten Röben der Damen nicht in den Vordergrund treten.

Am Freitag den 20. d. M. war eine Regatta für Boote der österr. Flotte improvisirt; sie fand auch wirklich in Gegenwart Ihrer Majestät Statt. Der erste Preis war ein Dukaten für den Mann, der zweite ein Ephele und der dritte ein Oulven.

Um die Preise stritten sich die Fregatte „Adria“, die Dampf-Korvette „Elisabeth“ und die Dampfyacht „Phantasia“. Die erste stellte ein Kontingent von 5, die zweite eines von 4 Booten, die letzte ein von nur sechs Matrosen bemanntes leichtes Boot.

Für die Kaiserin war auf einem erhöhten Punkte am Lande ein mit Flaggen geschmücktes Zelt errichtet. Um 4 Uhr sollte die Regatta beginnen. Groß war die Anfreugung in den Booten, die in einer langen geraden Linie dicht am Ufer aufgestellt waren. Jedes wollte für sein Schiff die Ehre des ersten Preises gewinnen, und keins dachte das Schwein beimzutragen, das nach Seemannssitte für das letzte Boot ausbehalten war.

Endlich erschien die Kaiserin auf dem Wege, der zum Meere hinunterführt, ein mächtiges Hurrab erschallte die Linie der Boote entlang, welche gleich ungeduldrigen Rennern vor- und rückwärts schwankten,

um ihren Platz in der Linie auf ein Haar zu behaupten.

Ein Kanonenschuß fiel, und somit war das Zeichen zum Kampfe gegeben.

Eine weiße Wolke durchzog die Schiffslinie, so peitschten die Ruder, von rasender Ungeduld getrieben, das widerspenstige Meer. Wie Pfeile schossen jetzt die Boote vorwärts, alle einem Ziele entgegen.

Der Wettkampf sollte um die in einer Linie aufgestellte Eskadre der drei Schiffe geschehen und am dem Abfahrtsorte auch sein Ziel finden.

Zuerst war die „Phantasia“ zu passieren. Jedes Boot suchte sie so nahe als möglich zu umfahren. Jenes weiße Boot löst sich aus der Linie und will die andern überholen, doch es muß dem raschen Lauf eines Bootes der „Adria“ weichen, das siegesgewiß vorwärts treibt. Schon will es die „Phantasia“ gewinnen, als sich mit großer Kühnheit das Boot der „Phantasia“ dazwischen drängt, in arger Gefahr, von den herbeileitenden größeren Booten zerdrückt zu werden.

Zitternd für das verlickte Boot und in langer Erwartung, es nicht mehr in der Regatta zu sehen, sieht man es mit den übrigen kühnen Vorkämpfern verschwinden, doch unverfehrt gehen die modernen Piloten aus dem Kampfe hervor, das wilde Drängen der andern hinter sich lassend. Jedes Schiff, das sie passieren, sendet ihnen Geknatter und Rufen zu, und gewaltig ist der Aufwand von Kraft, die hier Jeder für die Ehre seines Schiffes einsetzt.

Unbestritten jedoch bleibt dem Boote der „Phantasia“ der erste Preis. Ein Kanonenschuß begrüßt es

rechte, die früher bestanden, in einigen mit Entziehung der Herrschaft der Leben mit der Gnade, was in Nieder- und Oberösterreich sehr bedeutende Rechte involvirt.

Rechner sucht nun die gegen die zwangsweise Auflösung des Lebensbundes vorgebrachten Bedenken zu bekämpfen. Auf die Bemerkung, daß es ja auch gut bewirtschaftete Leben gäbe, wisse er auf einen Bericht über die Olmüzer Ackerleben, welcher im Jahre 1855 von dem obersten Landesoffizier, dem Grafen Leopold Thun, erstattet wurde und welcher beweise, welche Nachteile aus dem Lebensverhältnisse in national-ökonomischer Beziehung entstehen. Man hat auch auf die geistlichen Güter hingewiesen, daß auch die, wenn man das Lebensband auflöse, nicht mehr sicher wären. Da müsse er offen bekennen, er begreife nicht recht, wie das zusammenhängt. Man könne zwar eine Analogie zugeben zwischen dem Lebensbunde und dem Fideikommissbunde. Wie man aber die Sicherheit des Besitzes der geistlichen Güter da hinein verflechten kann, könne ihm nicht recht einleuchten, es wäre dem, man ginge von der Ansicht aus, daß dieses auch dahin führen würde, wenn man schon schwarz malen will, daß man den bürgerlichen Grundbesitz, der ja gleichfalls durch seine Untheilbarkeit und den Stiftungszwang in einer Art von Fideikommissbunde sich befindet, auflösen wolle. Daß man bei den geistlichen Gütern nicht stehen bleiben, sondern antasten würde, alle Güter der Korporationen der Landgemeinden, und daß man in letzterer Tragweite gar dahin kommen würde, jedes Individual-Eigentum als gefährdet zu erklären. Bezüglich des Fideikommisses unterscheidet sich dieses wesentlich von dem Lebensbunde und ist der Gedanke, mit der Auflösung des Lebens auch nur im Entferntesten das Fideikommiss berühren zu wollen, dem Ministerium nie eingefallen, und wird auch keinem Ministerium, welches auch immer kommen möge, einfallen können.

Aus allen diesen Gründen spreche er schließlich die Bitte aus, daß das Prinzip der imperativen Auflösung des Lebensbundes nicht verworfen werde, und daß durch ein Eingehen in das Detail des Gesetzes selbst der Regierung die Möglichkeit geboten werde, die gewünschten Verbesserungen vorzunehmen, und er spreche seitens des Ministeriums den Wunsch aus, es wolle dem h. Hause gefällig sein, den Ausschuss zu beauftragen, in eine spezielle Prüfung einzugehen und dann erst auf die detaillierte Prüfung des Gesetzes überzugehen. Diesen Wunsch spreche er im Namen seiner Kollegen aus, die alle eine zu große Achtung von der Stellung des h. Hauses, von dem Freimuth seiner Mitglieder haben, um einem Mitgliede zuzumuten, irgend eine Rücksicht, sei es auf was immer für ein Ministerium, walten zu lassen.

Sitzung des Herrenhauses

am 30. September.

Die Sitzung wird nach 11 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank die Herren: Graf Rechberg, v. Schmerling, Freiherr von Meserup.

Erzherzog Simonovich meldet seine fortwährende Kränklichkeit; dem Grafen Brandis wird ein mehrtägiger, Dr. Palacky zur Vollenkung seiner historischen Arbeiten ein unbestimmter Urlaub erteilt.

am Ziele, hinter ihm kommt ein Boot der „Adria“ und dann eines der „Elisabeth“. Ein freudiges Hurrah ertönt von den Lippen der Ausgezeichneten, die, vor die Kaiserin geführt, von dieser selbst ihre Preise erhalten.

Von Allen verspottet und verhöhnt, kommen die Kämpfer des letzten Bootes, um sich das Ziel zu holen, das ihnen gebührt; dann empfangen sie von der Hand der Kaiserin einen Kreuzer. An dem Ferkel ihre Wuth auslassend, ziehen sie ab.

Die Boote kehren zu ihren Schiffen zurück, die Preisgekrönten werden mit Jubel empfangen.

Zuletzt geruheten Ihre Majestät eine Matrosenbelustigung ganz eigener Art zu besuchen. Die Aufgabe bestand darin, einen runden schwankenden Baum, der tüchtig mit Unschlitt bestrichen aus der Fregatte wagemuth über das Wasser hinausgestreckt war, bis zu Ende frei und aufrecht zu passieren. Zu dem Wagstuhl lockten verschiedene, an der Spitze angebrachte Pfefferkissen und Gläser mit Wein. Einer um den Andern versucht das Ziel zu erreichen, doch sie fallen Alle der Glätte des Baumes zum Opfer und purzeln auf die komischste Weise in das Wasser, unter welchem zur Sicherheit ein Segel ausgespannt ist.

So währen die Versuche lange, bis endlich Einer das Ziel erreicht und sich eine Belohnung nach Belieben oder nach Möglichkeit auswählt. Und so lange solche Lockspeisen ihre Anziehungskraft ausüben, finden sich immer Solche, die darnach ihre Wanderung antreten.

Die Kaiserin schien an der Freude der Ma-

Auf Aufforderung des Präsidenten erhebt sich die ganze Versammlung, um dadurch die schmerzliche Theilnahme des h. Hauses über den Verlust seiner beiden Mitglieder des Patriarchen von Venedig und des Erzbischofs von Zara, kundzugeben.

An der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Immunitäts-Gesetz-Entwurfes, und wird vom Berichterstatter Freiherr v. Lichtenfels der Bericht der Kommission des Herrenhauses für Justizgegenstände über den von dem Hause der Abgeordneten abgeordneten Gesetzentwurf verlesen. Die Kommission beantragt:

„Das hohe Haus wolle den Gesetzentwurf hinsichtlich der Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Mitglieder des Reichsrathes und der Landtage in der nunmehr von dem Hause der Abgeordneten mitgetheilten Formulirung annehmen und zur Erwirkung der Allerhöchsten Sanction an das Ministerium leiten.“

Als Redner gegen den Gesetzentwurf ist Graf Leo Thun eingeschrieben.

Graf Leo Thun stellt folgendes Amendement: im §. 1 und 2 des Gesetzentwurfes sollen die Worte „und der Landtage“ wie „oder der Landtage“, in der ersten Alinea des §. 2 sollen die Worte „oder gerichtlich verfolgt werden“, in Alinea 3 „oder die Untersuchung u. d.“, in Alinea 4 die Worte „oder die Untersuchung u. d.“ durch Beschluß des h. Hauses aus dem Entwurfe beseitigt werden.

Freiherr v. Lichtenfels spricht für die Annahme des Gesetzentwurfes.

Er, Excellenz der Herr Staatsminister entwickelt in einer längeren Rede die Ansicht der Regierung, welche bei der Feststellung und Einbringung zu Grunde lag; er betont den Werth, welchen die Regierung auf die Annahme eines Gesetzes legt, er empfiehlt dem h. Hause die Annahme des Gesetzes und erklärt, daß die Regierung geneigt sei, dieses Gesetz Sr. Majestät zur Allerhöchsten Sanction zu unterbreiten.

Bei der Abstimmung bleiben alle Sätze des Amendement des Grafen Leo Thun in der Minorität und werden die zwei ersten Paragraphen des Gesetzes-Entwurfes nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die vollständige Annahme der beiden Paragraphen erfolgt auch bei der durch den Vizepräsidenten Grafen Kueffstein als dringlich beantragten dritten Lesung mit großer Majorität.

Schluß der Sitzung nach 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten

am 30. September.

Vorsitzender: Präsident Dr. Hein.

Auf der Ministerbank die Herren: v. Plener, v. Laffer.

Präsident theilt eine Zuschrift Sr. Eminenz des Herrn Fürst-Erzbischofs von Wien mit, mit welcher die Mitglieder des Hauses zur Theilnahme an der kirchlichen Feier des Namensfestes Sr. k. k. Apostolischen Majestät eingeladen werden.

An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über das Gemeindegesetz. Art. 9 und 10 (aktives und passives Wahlrecht) gelangen zusammen zur Debatte. Der Berichterstatter Dr. Rech-

bauer motivirt die bezügliche Fassung des Ausschuss-Entwurfes.

Wurzbach beantragt an die Stelle der zur Erörterung gelangten Artikel des Ausschussentwurfes die Art. 7 und 8 der Regierungsvorlage zu setzen. Bürgerliche Ehrenhaftigkeit des Charakters ist das erste dringend gebotene Erforderniß in der Gemeindevertretung sowohl seitens der Wähler als der zu Wählenden. Darum soll, wer nicht wählbar, auch nicht wahlberechtigt sein, was der Ausschussentwurf nicht ausreichend verfügt, wofür aber die Regierungsvorlage ausreichende Vorsorge trifft, da sie vor Allem in der Unbescholtenheit des Wahlkörpers ausreichende Garantien für die entsprechende Leistung der Gemeinde erblickt.

Der Redner nennt die Kluft zwischen der Regierungsvorlage und dem Ausschussentwurf zu breit und tief, als daß sie überbrückt werden könnte, er wartet Verbesserungen des Strafgesetzbuches von einem kommenden Reichstage, und ergibt sich in einer Kritik des Ausschussentwurfes, in welcher er unter Anderem bemerkt, daß Verbrechen nicht immer den Verlust der Ehrenhaftigkeit nach sich ziehen können, so das Duell und in gewissen Fällen die schwere körperliche Verletzung.

Schließlich erinnert der Redner, daß nach parlamentarischem Brauche die Majorität so lange die Regierungsvorlagen stütze, als nicht überwiegende Gründe ein entgegengesetztes Verhalten räthlich machen; im vorliegenden Falle dürften keine solchen Gründe vorhanden sein. (Unterstützt.)

Mühlfeld stellt ein Amendement, dem zufolge die Verhängung von Freiheitsstrafen und die Eröffnung des Konkurses oder Ausgleichtsverfahrens vom Wahlrechte nur zeitweilig ausschließen sollen, in anderen Beziehungen mögen die Landesgesetze maßgebend sein. Das Erforderniß des 24. Lebensjahres erscheint dem Redner unbegründet und inhuman, und im Widerspruch mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches flüchtet er es, wenn die Ausschließung vom Wahlrechte auch nach der für irgend ein Verbrechen überstandenen Strafe oder in Folge einer ab instantia-Freisprechung noch fortdauert; er hofft auf eine Zusatzvorlage zur Abschaffung des ganzen ab instantia-Systems.

Es soll ferner bei der Wirksamkeit der Ausschließungsgründe eine Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Wahlrecht gemacht werden, indem das erste ja nur ein Minimum der dem Bürger zustehenden Berechtigung in sich begreift.

Gewisse Verbrechen, wie z. B. politische oder das der schweren Verletzung, beeinträchtigen die Ehrenhaftigkeit nicht; eben so sollten gewisse Vergehen, wie z. B. das Spielen eines verbotenen Spieles, der Wucher, die Verbohrerzehrung u. dgl. nicht als unbedingte Wahlhindernisse angesehen werden. (Der Antrag wird unterstützt.)

Niehl gegen den Abgesandten, den er namentlich im Art. 10 im Hinblick auf die passive Wählbarkeit zu beengend findet; es soll diese überhaupt nicht mehr als das aktive Wahlrecht beschränkt sein. Es soll im Gesetze heißen: „Wer wahlberechtigt ist, ist auch wählbar, wenn er im Vollraume der bürgerlichen Rechte sich befindet.“ (Unterstützt.)

Zybliekiewicz stellt ein mildernde Amendement zu Art. 9, dem zufolge innerhalb gewisser Zeit-

trofen Gefallen zu finden, denn sie blieb bis zu Ende des Spieles.

Heut schiffte sich Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin von Thurn und Taxis auf dem Dampfer „Elisabeth“ ein, um auf demselben nach Triest abzugeben. Die Kaiserin begleitete dieselbe bis zum Dampfer, der um 9 Uhr Abends auslief. Die Fregatte „Adria“, sowie die Yacht „Phantasia“ waren glänzend beleuchtet, der Dampfer ging bei schönem Wetter ab.

F. Ch. Schlosser †.

Friedrich Christof Schlosser, der berühmte Historiker, ist, wie gemeldet, 85 Jahre alt, verschieden. Seit vielen Jahrzehnten eine Zierde der Heidelberger Universität, welcher er freiwillig schon vor zehn Jahren auf dem Ratheder zum letzten Male diente, gab man den hochbetagten Greis seit längerer Zeit durch Altersschwäche der Wissenschaft und fast dem Leben selbst entzogen. Schlosser, von Geburt ein Ostfrieser, eine knorrige, stählerne, norddeutsche Natur, ohne alle Grazie der Form, aber von echterster Tüchtigkeit des Verstandes und Gemüthes, von unbegrenzter Selbstständigkeit des Charakters und fast schroffer Wahrheitsliebe, widmete sich ursprünglich dem Studium der Theologie und Philosophie, wirkte lange als Lehrer in Frankfurt a. M. und trat erst in späteren Jahren (1817) in die akademische Laufbahn über. In den Zwanziger- und Dreißiger-Jahren fand seine Wirksamkeit und sein Ruf als Lehrer und Gelehrter auf dem höchsten Punkt. Die „Universal-historische

Uebersicht über die Geschichte der alten Welt und ihrer Kultur“, welche von 1826–1831 in sieben Bänden erschien, war für den damaligen Standpunkt der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein epochemachendes Werk. Es führte zum ersten Male bei uns die Verschmelzung der Literatur mit der politischen Geschichte durch, die volle Berücksichtigung dessen, was man jetzt Kulturgeschichte zu nennen pflegt; es brachte politischen Urtheil in die alte Geschichte und gab mit seltener Gelehrsamkeit die zerstreuten Einzel Forschungen zusammen, mochten sie sich nun auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Mathematik oder der Kunst und Politik bewegen. Dem größeren Publikum wurde Schlosser hauptsächlich durch die Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts bekannt, welche im vorigen Jahre in vierter Auflage in acht Bänden erschienen ist. In 20 Jahren war dieses Werk ein Lieblingsbuch des liberalen Deutschlands, welches viele seiner Ansichten und Urtheile aus ihm theils erst gewann, theils bestärken ließ. Das scharfe Urtheil des Moralisten über das Hofleben des vorigen Jahrhunderts, die strengen, oft derben Worte über die Zustände und Personen des Absolutismus, über Pöfenthum und serviles Wesen, der Freimuth des Mannes, der recht eigentlich mit seiner Bildung in der rationalistischen Aufklärung stand, das alles gab dem Buche eine große Verbreitung und einen größeren Einfluß.

Schlosser war eckig, schroff, einseitig, aber er war ein deutscher Mann, in dem Geist und Charakter in gesunder Harmonie standen. Aus den Büchern Schlossers weht ein Geist, der den Kopf hell macht

räume den Gemeinde-Ausschüssen mit Zustimmung der höheren Gemeinde das Recht zuerkannt werden soll, jene, die ihr Wahlrecht vermisst haben, nach überhandenen Strafen wieder wahlfähig zu erklären. (Unterstützt.)

Stamm will die Bedingungen des Art. 10 auch auf die in die Gemeindevertretung gelangenden Höchsteuerten bezogen wissen. (Unterstützt.)

Burzbach beantragt dasselbe im Hinblick auf die von ihm unterstützte Regierungsvorlage.

Se. Excellenz der Herr Minister v. Lasser bemerkt, daß die Regierung schon in den Ausschußverhandlungen erklärt habe, den allgemeinen Anträgen des Ausschusses nicht entgegenzutreten zu wollen, da zwischen ihren Prinzipien und denen, die der Regierungsvorlage zu Grunde liegen, kein wesentlicher Unterschied obwaltet. Bezüglich der Detailbestimmungen möge das Haus entscheiden.

Nach Anhörung des Berichterstatters erklärt der Präsident, im Sinne der Geschäftsordnung den Antrag Burzbach nicht zur besonderen Abstimmung bringen zu können. Art. 9 des Ausschußentwurfes wird mit der ersten Alinea des Antrages Mühlfeld, Art. 10 mit dem Zusatzantrage Stamm angenommen.

Gegen Art. 11 (die Interessen der Höchsteuerten sind bei den Wahlen zu sichern) spricht Dr. Grünwald, sein Amendement verlangt, daß das Landesgesetz die Bildung der Gemeindevertretung mit gebührender Rücksichtnahme auf die Höchsteuerten durch die Anordnung eines Wahlmodus regle.

Der Berichterstatter erklärt sich mit dem Amendement einverstanden; es wird angenommen.

Art. 12 (Stellung des Gemeindevorstandes) wird ohne Debatte, Artikel 13 mit einem Amendement Belcredi's angenommen. Schluß halb 3 Uhr.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Laibach, am 1. Oktober. Se. Maj. der Kaiser haben mit a. b. Entschluß vom 30. v. M. die nachstehende Vorschrift über die Heiraten in der k. k. Landarmee, mit Inbegriff der Verwaltungsbranchen in der Militärgrenze (bezüglich welcher wir schon vor mehreren Tagen kurz berichtet haben), zu genehmigen und zu deren Durchführung Folgendes a. g. zu bestimmen geruht:

Art. 1. Diese Vorschrift hat mit 1. November 1861 in Wirksamkeit zu treten. Es haben jedoch bei jenen Heiraten, zu denen die Bewilligung schon vor diesem Tage erteilt und ordnungsmäßig ausgestellt war, die über die Heiraten in der Armee bisher bestandenen Vorschriften in Bezug auf die Kompetenz zur Ertheilung der Heirats-Eigenschaft und die Bedingungen, unter welchen sie zu erteilen ist, noch fortan zu gelten. Die Prüfung der Sicherheit der Heirats-Kautions ist aber auch in diesen Fällen nach der gegenwärtigen Vorschrift vorzunehmen.

Art. 2. Auch bei Umwechslung von Heirats-Kautionen, die nach den bisherigen Vorschriften gestellt wurden, gegen andere, darf die Nachweisung eines höheren Betrages, wie sie durch die gegenwärtige Vorschrift vorgeschrieben ist, nicht verlangt werden. Die Sicherheit der neuen Kautions aber ist nach dieser Vorschrift zu prüfen.

Art. 3. Die Sicherstellung von Heirats-Kautionen auf Realitäten, welche in Ungarn, Kroatien, Slavonien und in Siebenbürgen gelegen sind, ist bis auf Weiteres nicht gestattet.

und auf die sittliche Reinigung drängt. Der Mann Schloffer war ebenso werthvoll, wie der Historiker Schloffer, was nicht zu oft bei unseren Gelehrten gefunden wird. Wer das würdige Haupt mit dem scharfgeschliffenen edlen Profil über den Hunderten von Zuhörern gesehen hat und sich erinnert, wie die Rede im unverfälschten norddeutschen Dialekt, nach dem sie oft lange in ungeformten Sätzen hin- und hergerollt war, einen Aufschwung nahm zu großen Betrachtungen und stiller Begeisterung und Allumwiderstehlich mit sich forttrieb, der wird das eben so sehr eine persönliche als eine wissenschaftliche Wirkung nennen. Diese Ueberzeugungen erfüllten den ganzen Menschen und sein ganzes Leben, sie waren ein Produkt des Lebens ebenso, als des Fortschritts. Wir Deutschen haben aber immer an unsere großen Männer die Forderung gestellt, daß die geistige Bedeutung nicht verdunkelt werde durch stiltliche Mäkel. Deshalb war der „alte Schloffer“ und ein Schatz und wird es uns noch länger bleiben, wenn seine Gebeine auf dem schönen Friedhofe unter dem Kaiserthumbl längst vermodert sind.

(Stadtpfarrer Zittel hielt Schloffer die Grabrede. Treffend sagte er unter Anderem: „Schloffer war zu seiner Zeit der Mund, durch welchen das Gewissen des deutschen Volkes sprach; darum hat es ihn geerbt in seinem Leben, und wird ihn nicht vergessen nach seinem Tode!“)

Art. 4. Im Uebrigen haben alle bisher in Bezug auf Heiraten in der k. k. Armee bestandenen Vorschriften und Verordnungen, insoweit sie die k. k. Landarmee mit Inbegriff der Militärgrenze betreffen, außer Kraft zu treten.

Wien am 14. Sept. 1861.

Graf Degenfeld m. p., Feldzeugmeister.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieser a. b. Vorschrift bezüglich des Offiziersstandes sind folgende: Nach §. 2 erteilt die Heiratsbewilligung Se. Majestät der Kaiser, der Kriegswminister, die Landesgeneral- und Armeekommandanten, die Kapitäne der k. k. Garde- und der Hofburgwache, die Regimentsinhaber, die Chefs des General-Quartiermeisterstabes, die übrigen General-Inspektionen, die Regimentskommandanten, die Kommandanten von selbstständigen Korps, und die Invalidenhauskommandanten.

Die Beschränkung der Zahl der Offizierschen, außer in der Militärgrenze, ist bei den Lehrinstituten und in den Kanzleien auf den sechsten Theil, bei der Militärgrenze aber auf die Hälfte, bei der Montursbranche auf ein Drittel des Gesamtstandes festgesetzt.

Bezüglich der Sicherstellung der jährlichen Nebeneinkünfte für den Fall der Bewerbung um den Ehekonsens ist angeordnet, daß diese Nebeneinkünfte zu betragen haben: für pensionirte Generale, Stabs- und Oberoffiziere vom Obersten abwärts bei der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Jägertruppe, den technischen und Extrakorps und Anstalten, dann für Regimentsärzte 600 fl. ö. W.; bei der Grenzfanterie, den Invalidenhäusern, dem definitiven Pensionsstande, der Gehaltsbranche und der Gebäude-Inspektion sind 400 fl. sicherzustellen, Oberärzte und Thierärzte erster Klasse haben 300 fl., alle übrigen Aerzte minderen Ranges 200 fl. sicherzustellen. Vor zurückgelegtem dreißigsten Lebensjahre hat jeder Ehemann das Doppelte dieses Nebeneinkommens sicherzustellen.

Generale im aktiven Dienste sind zum Ausweise eines Nebeneinkommens nicht verpflichtet. Auch in bestimmten anderen Fällen wird eine Ausnahme gemacht. Bei Sicherstellung einer Heiratskautions auf Realitäten darf die Realität nicht über ein Drittel ihres wahren Werthes beschwert werden. Das Kautionsband wird gelöst: durch den Tod, Trennung der Ehe, den Austritt aus der Armee und durch Beförderung in eine Charge, welche nicht kautionspflichtig ist.

Wien, 29. Sept. Der „konfessionelle“ Ausschuss ist in seiner gestrigen Sitzung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfes fertig geworden. Nach den Paragraphen, welche, wie wir bereits gemeldet, die volle und rückhaltlose Gleichberechtigung aller Bekenntnisse ausgesprochen, folgen Gesetzesbestimmungen über die religiöse Kindererziehung und die Vermögensrechte der Kirchenobern und Diener. Den Schluß bildet eine Bestimmung, welche abermals Anlaß zu einer Reibung der Parteien gegeben hat. Nach lebhafter Debatte wurde aber beschlossen, daß dem Staate das Recht zuerkannt werden müsse, Kirchenobern und Diener aus gezieligen Gründen ihres Amtes zu entheben. Jetzt wird der Entwurf einer förmlichen Redaktion unterworfen und dann im Ausschusse zur zweiten Lesung gebracht, wobei sowohl Zusatzbestimmungen als auch Abänderungen, wodurch kleine Inkonsequenzen gehoben werden sollen, erfolgen. Jedenfalls wird der Text, wie ihn vor einiger Zeit die hiesigen Blätter gebracht haben, noch der Schlussfassung unterworfen werden, daher wir uns vorbehalten, den Gesetzentwurf erst nach der zweiten Lesung, welche bei der nächsten Ausschußsitzung erfolgen soll, mitzutheilen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. Sept. Oestern fand im hiesigen Stadtwald ein Pistolenduell zwischen einem österreichischen und einem bayerischen Offizier statt. Letzterer, Namens von der Tann, wurde lebensgefährlich in der Seite verwundet, und soll bereits gestorben sein.

Vermischte Nachrichten.

Laibach. Am 1. Oktober fand hier die Eröffnung der neu errichteten städtischen Anstaltshauptschule statt mit einem um 8 Uhr früh in der Stadtpfarrkirche zu St. Jakob abgehaltenen feierlichen Hochamte. Zu dieser Schulsfeier erschien der Herr Bürgermeister

Michael Ambrosch in Begleitung mehrerer Herren Gemeinderäthe und Magistratsbeamten, und wurde vom Lehrkörper dieser nun vollständigen öffentlichen Stadthauptschule begrüßt und in die Kirche an den hierfür bereit gehaltenen Ehrenplatz geleitet. Der hochw. Herr Professor der Theologie, Dr. Leo Bončina, gelehrte, nach Abkündigung des Veni sancte spiritus, unter Assistenz der Herren Stadtpfarr-Kapläne das Hochamt. Die Schüler der Anstalt und eine große Menge Andächtiger füllten die Räume der Kirche, auf deren Chore eine gewählte Sängergesellschaft, unter Leitung des Herrn Frühling, die lateinische Messe von Schiedermayer in F mit großer Präzision vortrug.

Der k. k. Lieutenant v. J..., des Infanterie-Regiments Graf Nugent, welcher in der Schlacht bei Solterino den rechten Arm verlor, erhielt, nachdem seine Wunden vollkommen vernarbt sind, die bisher in der österr. Armee in einem solchen Falle noch niemals ertheilte Bewilligung, auch ferner bei seinem Regiments aktive Dienste leisten zu dürfen.

Nachtrag.

Der „Agr. Ztg.“ schreibt man aus Mitrovic, 25. Sept.: Soeben verlautet hier, daß bei 200 bewaffnete Serben über die Drina nach Bosnien eingedrungen sind. Diese Nachricht ist allerdings ein bis jetzt noch nicht bestätigtes Gerücht; Thatsache aber ist es, daß serbische Freischärler aufwärts von Zvornik in Bereitschaft stehen, um gegen das türkische Gebiet einen Schlag auszuführen. Türkisches Militär und Vaschi-Bozaks werden in aller Hast zur Abwehr des Einfalles konzentriert; kleine Scharmügel hat es schon abgegeben.

Aus Moskau, 24. Sept., wird telegraphirt, daß der Kaiser seinen Reiseplan nach dem Kaukasus aufgegeben habe und zum 4. Oktober in Moskau erwartet werde. Die Kaiserin bleibt noch einige Zeit in Livadia (Krim).

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 30. Sept. Gestern Nachmittags besetzte eine Kompanie Truppen das Komitatshaus, um die für den 30. beabsichtigte Komitatssitzung zu verhindern. Der Komitats-Magistrat hat noch gestern Abends seine Resignation — unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der Komitats-Kongregation — dem Obergespan eingereicht. Heute früh 9 Uhr versammelte sich eine große Masse Volks vor dem Komitatsbause, worauf starke Truppenabteilungen auf und ab zu patrouilliren begannen. Unterdessen zog der Magistrat aus dem Komitatsbause unter Abführung des Szogats von nahezu 5000 Menschen begleitet vor das Palais des Obergespans Grafen Karolyi, wo Jozak eine Rede an den Obergespan hielt, welche von letzterem beantwortet wurde, worauf die Menge noch abermaliger Abführung des Szogats sich zerstreute. Griffe und Konflikte fanden nicht statt.

Agram, 30. September. Der Landtag hat seine Sitzungen bis 15. Oktober vertagt. 55 Mitglieder bleiben hier und werden in den einzelnen Comité's thätig sein.

Berlin, 30. Sept. Von der polnischen Grenze wird berichtet: Die Bischöfe in Warschau haben ein Memorandum an den Statthalter gerichtet, worin die Wiederherstellung der früheren Rechte der katholischen Kirche verlangt wird. Der Statthalter hat die Annahme verweigert. Der Erzbischof hielt an die Bischöfe eine Ansprache: Hallet treu mit dem Volke, verteidiget die Sache des Vaterlandes, und vergesse nie, daß ihr Polen seid.

Turin, 30. Sept. Die Banke Borges wurde geschlagen und wird verfolgt.

Theater.

Heute, Mittwoch: **Die Banditen**, Lustspiel in 4 Akten, von R. Venetiz.

Morgen, Donnerstag: **Der Schemann vor der Thür**, Operette in drei Akten, von Jacques Offenbach. — **Die Misch der Eselin**, Singspiel in 1 Akt aus dem Französischen übersetzt von H. v. Fielitz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Bitterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
26. September	6 Uhr Morg.	321.50	+14.0	Gr. W.	schwach bewölkt	
	2 " Nachm.	322.10	+19.2	SW.	stark Sonnensch.	0.00
	10 " Abd.	322.64	+12.8	SW.	schwach heubell	
27. "	6 Uhr Morg.	322.98	+9.6	Gr. S.	schwach bewölkt	9.02
	2 " Nachm.	322.88	+17.0	S.	deutl. Regen	
	10 " Abd.	322.95	+13.2	"	Windstill heiter	
28. "	6 Uhr Morg.	323.92	+12.0	Gr. S.	schwach heubell	3.62
	2 " Nachm.	323.85	+17.0	SO.	deutl. Regen	
	10 " Abd.	323.00	+12.8	S.	deutl. Regen	

Börsenbericht. Wien, (Mittags 2 Uhr) (Dr. Sta. Abthl.) Die meisten Papiertgattungen schließen theils zu den vorgelegten Kursen, theils unbedeutend höher, da der empfindliche Geldmangel noch anhält und der Neigung zum Steigen Abbruch thut. Fremde Valuten und Gold zu den letzten Notizen mehr Werte als Geld.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 2 Uhr) (Dr. Sta. Abthl.) Die meisten Papiertgattungen schließen theils zu den vorgelegten Kursen, theils unbedeutend höher, da der empfindliche Geldmangel noch anhält und der Neigung zum Steigen Abbruch thut. Fremde Valuten und Gold zu den letzten Notizen mehr Werte als Geld.

Die General-Representanz in Wien.
D. Dursch. Friedrich Benesch

Lischer & Stedry
Elefantengasse.

Die General-Representanz in Wien.
D. Dursch. Friedrich Benesch